

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

KV-Runde 2023:

Holen wir uns, was uns zusteht.

Gesundheit:

Das Gesundheitssystem wird kaputtgespart.

Sozialversicherung:

Ex-Ministerin Kdolsky auf Doskozils Spuren.

Finanzvermögen:

335 Personen besitzen ein Drittel.

Bildung:

Solidarität mit den Freizeitpadagog:innen.

Frauenpensionen:

40% weniger als Männer, das muss nicht sein.

Sky Shield:

Österreichs Neutralität wird weiter ausgehöhlt.

Ukraine:

Der Vor-Krieg zum großen Krieg?

Regierung:

Kampf gegen Sozialbetrug?

Kurz bevor die Regierung in Sommerurlaub ging, hat sie angeblich noch dem Sozialbetrug den Kampf angesagt. Wirklich?



Pressekonferenz, 9.8.2023, Quelle: © Screenshot ORF III, III aktuell

Lustig und gut gelaunt traten Innenminister Karner und Finanzminister Brunner vor die Kamera, um dann ihren „Erfolg“ zu verkünden: Seit Gründung der „Taskforce Sozialleistungsbetrug“ 2018, bei der Innen- und Finanzministerium eng zusammenarbeiten, konnten „89 Millionen Euro an Schadenssumme durch unrechtmäßigen Bezug von Sozialleistungen identifiziert werden.“

Was hat die Herren bei der Verkündung so froh gestimmt? Dass die Ablenkung gelungen ist? Denn schauen wir genau hin. Wo sind die großen Fische? Die will die Regierung nicht sehen und nicht antasten!

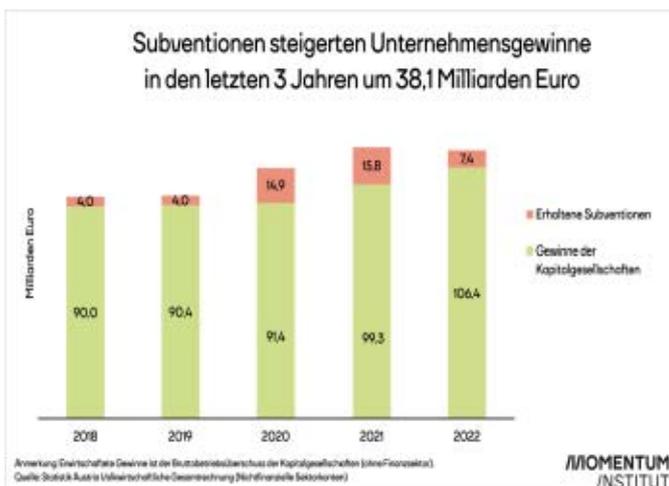
Keine Frage, Sozialleistungsmissbrauch lehnen auch wir ab. Jedoch die angegebenen 89 Millionen (= die Summe aus den letzten 5 Jahren, also 17,8 Mio. Euro jährlich) machen gerade einmal 0,013 % (!) aller Sozialausgaben von 136 Milliarden Euro (2022, Statistik Austria) aus.

Wovon nicht geredet wird und wogegen nichts unternommen wird ist, dass Unternehmer, Banken und Konzerne auf die eine oder die andere Art sich auf Kosten der Allgemeinheit Milliarden und Abermilliarden Euro an Steuern und Sozialleistungen „ersparen“.

Nachfolgend eine leider unvollständige Aufzählung der auch von Gesetzgeber und Behörden stets geduldeten Praxis des ungeheuren Unternehmer-Sozialmissbrauchs:

Fortsetzung nächste Seite

- Eine Milliarde Euro Schulden haben die Unternehmen bei der Sozialversicherung (Kurier, 21.04.2021).
- Rund 8 Milliarden Euro Steuerschulden hatten Österreichs Unternehmen Ende 2018 beim Staat (ÖGB). Schon vor einigen Jahren stellte die OECD fest, dass den damals noch 28 Staaten der EU jährlich rund 1 Billion Euro (= 1.000 000 000 000) an Steuern durch Steuertricks der Unternehmen entgehen. Auf Österreich umgerechnet wären das bis zu 18 Milliarden Euro jährlich.
- 12 bis 15 Milliarden Euro würden sich laut einer AK-Vertreterin Unternehmen in Österreich durch diverse „Tricks“ „ersparen“ (ATV aktuell, 8.8.2023). Gemeint sind wohl Steuerlücken, Umgehungsmöglichkeiten oder Hinterziehung. „Die Vielfalt der schädlichen Steuerpraktiken ist groß, nicht jede Handlung muss ungesetzlich sein. Doch auch wenn vieles legal sein mag, legitim ist es deswegen noch nicht. Unterscheiden lässt sich zwischen der legalen ‚Steuervermeidung‘ und der illegalen ‚Steuerhinterziehung‘. Die Grenzen zwischen den beiden Bereichen sind fließend“, so die AK OÖ.
https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Steuerbetrug_bekaempfe.html
- Um 38,1 Milliarden Euro haben staatliche Subventionen in den Jahren 2020 bis 2022 die Unternehmensgewinne gesteigert!
<https://www.momentum-institut.at/news/staatsdefizit-gewinnsubvention>



- Im Wert von 1,2 Milliarden Euro haben im Jahr 2022 die Betriebe den Arbeitnehmer:innen 47 Millionen Mehr- und Überstunden weder mit Geld noch mit Zeitausgleich

abgeholten. „Das ist ein systematischer Lohnbetrug“, so die AK (7.4.2023). Der Schaden durch Eigentums-kriminalität wie Einbruch oder Diebstahl betrug im Jahr 2021 im Vergleich dazu 383 Mio. Euro. Die Summe der vorenthaltenen Lohn- und Gehaltszahlungen ist mehr als dreifach so hoch, wie der Schaden von Eigentumsdelikte und Sozialleistungsmissbrauch. „Während jedoch über zu Unrecht bezogene Sozialleistungen vielfach in den Medien berichtet und gegen die Delikte mit einer eigenen Task Force der Bundesregierung vorgegangen wird, bleiben unbezahlte Überstunden in Österreich ungestraft“, so das Momentum-Institut.

- In der Tourismusbranche werden laut WIFO-Studie Saisonbeschäftigte beim AMS zwischengeparkt, statt weiter beschäftigt – ein Schaden für die Allgemeinheit in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro jährlich (https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitswelt/arbeitsmarktpolitik/Zwischenparken_von_Beschaeftigten_kostet_Millionen.html).
- Die Gewinne der Energiekonzerne werden gesichert, statt Energiepreise gesenkt.
- Gewinne der Lebensmittelkonzerne werden gesichert, statt Lebensmittelpreise gesenkt.
- Gewinne der Banken werden gesichert, statt Bankkredite gesenkt und Sparzinsen erhöht.
- Gewinne der Immobilienbesitzer und Hausherrn werden gesichert, statt Mieten gesenkt.

Wie die Regierung die Reichen schützt und die Masse der Bevölkerung dafür zahlen und leiden lässt, haben wir schon in unserer Zeitung Nr. 162 ausführlich dargelegt: www.prosv.at (unter Zeitungen)

Heuchler am Werk

„Der Sozialstaat ist dazu da, Menschen in Not zu unterstützen, und wir werden entschieden gegen diejenigen vorgehen, die versuchen, ihn auszunutzen und sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern“, so Finanzminister Magnus Brunner (BMF, 9.8.2023).

Der Minister, der sich freundlich und verständnisvoll gibt, alles einmal „anschauen“ will, ist auf einem Auge blind. Wenn es um die arbeitenden Menschen geht, machen er und die Regierung rücksichtslose Politik für Unternehmer, Banken und Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit.

KV 2023: Klassenkampf von oben

Wenn es heißt ist, dann greifen Industrie und ihre Regierung, Medien und Experten auch gerne zu flockigen Vergleichen. Wie gerufen wurde da im Vorfeld der diesjährigen KV-Runde bezüglich der Lage der Industrie von „Sommerhoch und Winterdepression“ geschrieben. Das will den Menschen vorzugaukeln, dass sie sich trotz der außerordentlich hohen Gewinne der Industrie nicht zu viel erwarten sollen. Um den Alarmismus zu verstärken sprachen die „Experten“ von IHS und WIFO sowie die ganz offen von der Industrie finanzierten Institute wie Agenda oder Eco Austria von der Notwendigkeit längeren KV-Laufzeiten, „moderater“ Erhöhungen oder dass Einmalzahlungen noch besser seien. Zudem solle der Staat den Betrieben die Lohnnebenkosten senken, z.B. die SV-Beiträge verringern usw.

ÖGB und Einzelgewerkschaften haben das sogleich entschieden als „No-Go“ abgelehnt. Was sonst! Denn klar ist, dass die Gewinne der Konzerne und nicht die Löhne, die sowieso erst ein Jahr im Nachhinein angepasst werden, die Inflation treiben. Zudem nehmen die Unternehmer die von ihrem Profitstreben getriebene Inflation sofort zum Anlass, die Preise weiter hochzutreiben. Und wir arbeitenden Menschen sollen warten bis zum Nimmerleinstag? Nein! Man wird sehen, ob den Worten der ÖGB-Führung auch Taten folgen.

Wenn nicht, müssen wir – wie z.B. im Sozial-, Pflege- und Bildungsbereich selbständig und gemeinsam aktiv werden, um die Gewerkschaftspitzen zum Handeln im Interesse der Mitglieder und der arbeitenden Menschen zu bringen.



Das Gesundheitssystem wird krankgespart

Ob im Spital, bei den praktischen Ärzten oder in der Pflege, überall fehlt es an Personal und Finanzmittel. Immer weniger Kassenärzte, lange Wartezeiten, verschobene Operationen, Wahlarztwildwuchs usw. sind die negativen Folgen für die Patient:innen. Trotzdem wird weiter eingespart, reichen die im Finanzausgleich für Gesundheit angekündigten Mittel bei weitem nicht aus für die Erfordernisse der Zukunft. Und bei der AUVA zum Beispiel wird durch eine weitere Beitragssenkung direkt negativ in die Unfallversorgung eingegriffen. **Am Beispiel des AUVA-Unfallkrankenhauses (UKH) Linz schildert die dortige Angestelltenbetriebsrätin DGKP Martina Kronsteiner B.A, wie sich die Kürzungen im Gesundheitssystem auswirken, was das für die Patient:innen bedeutet und was aus ihrer Sicht notwendig wäre.**



„Vorerst möchte ich einige Eckdaten zur AUVA bekanntgeben, die wesentlich sind um die Auswirkungen der Beitragssenkung zu verstehen.

Die AUVA ist Österreichs größter Unfallversicherungsträger mit über 4,5 Millionen Versicherten (3 Millionen Arbeitnehmer:innen, 1,5 Millionen Schüler:innen und Kindergartenkinder sowie freiwillige Hilfsorganisationen, usw.). Wir versorgen jährlich ca. 300.000 Patient:innen in 7 UKHs und 4 Rehasentren. Die AUVA beschäftigt dabei rund 5.800 Arbeitnehmer:innen. Seit 2019 wird die AUVA über einen Arbeitgeberbeitrag von 1,2% der Bruttolohnsumme ihrer Arbeitnehmer:innen finanziert. Die Selbstverwaltung der AUVA ist überwiegend Arbeitgeber:innen dominiert und das obwohl durch die Änderungen des SVOG (Sozialversicherungs-Organisations-Gesetz) der schwarz-blauen Regierung die Arbeitgeber:innen nicht mehr in der AUVA versichert sind.

Die Erfolgsgeschichte der AUVA beruht auf dem 4-Säulenprogramm. Alles aus einer Hand: Prävention, Unfallheilbehandlung, Rehabilitation und Rentenleistung. Der riesengroße Vorteil für die Unternehmen ist neben einer raschen Versorgung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, **mit allen geeigneten Mitteln**, das Haftungsprivileg.

Haftungsprivileg für die Unternehmer

Dieses verpflichtet die AUVA, sämtliche Kosten, die durch den Arbeitsunfall/Berufskrankheit entstehen, zu tragen ohne dass das Unternehmen haftbar gemacht werden kann. Gleichzeitig ist es daher nicht möglich, dass der/die Arbeitgeber:in von den Arbeitnehmer:innen auf Schadensersatz geklagt werden kann. (2020 waren es über 100.000 anerkannte Schadensfälle mit über 218 Mio. Euro Barleistung, dabei nicht inkludiert sind die medizinischen Leistungen). Seit der letzten Beitragssenkung 2019 ist die

Gebahrung der AUVA immer noch negativ und trotzdem wurde eine weitere Senkung beschlossen.

Welche Auswirkungen hat das auf die Unfallversicherung?

Trotz negativer Gebahrung wurde der Unfallversicherungsbeitrag wieder um rund 140 Mio. Euro gekürzt. 70 Mio. Euro werden durch die Reduzierung des Pauschabetrages nach §319a ASVG von der ÖGK gegenfinanziert. **Dies bedeutet, dass der Arbeitgeberfinanzierte UV-Beitrag durch Leistungen der Arbeitnehmer:innen aus der Krankenversicherung gegenfinanziert wird, eine Umgehung der bisher rein arbeitgeberfinanzierten Unfallversicherung.** Es kommt zu einer Verschiebung der Beitragsparität zu Gunsten der Arbeitgeber:innen. Letztendlich fehlen der AUVA aber wieder rund 70 Mio. Euro zur Versorgung ihrer Patient:innen und zur Abdeckung von Rentenleistungen. Da die Rentenleistungen durch das ASVG gesetzlich abgesichert sind, kann nur bei den anderen 3 Säulen der AUVA gespart werden. Seit den vergangenen Kürzungen ist auch in der Anerkennung von Schadensfällen durchaus eine sehr restriktive Haltung der AUVA zu erkennen, diese wird sich sicherlich weiter verstärken. Einsparungen im Verwaltungsbereich führen bereits jetzt zu extremer Arbeitsverdichtung. Schließlich mussten österreichweit Abteilungen wegen Personalmangel gesperrt werden, da man jungen Arbeitnehmer:innen im medizinischen Bereich nicht mehr viel zu bieten hat. Wie in Oberösterreich bekannt, musste auch die Schwerstverbrennungsabteilung (Schwerbrandverletztenstation) wegen fehlender finanzieller Mittel geschlossen werden. Mit dieser neuerlichen Beitragssenkung fehlen der AUVA wichtige Mittel um ihre Aufgaben zu erfüllen. Besonders ein Ausbau der Prävention und die Versorgung der Patient:innen mit allen geeigneten Mitteln ist in Gefahr. Es ist zu erwarten, dass die Sparpolitik innerhalb der AUVA fortgesetzt wird, wie weit wir da unsere Einrichtungen noch aufrechterhalten können, ist mehr als fraglich. Da wir in unseren UKHs zum Teil mehr als 50% der Traumaversorgung in den Bundesländern (in OÖ ca. 70%) durchführen, **sehe ich hier eine drastische Unterversorgung auf uns alle zukommen.**

Wer hat Interessen am Kaputtsparen der AUVA

Treibende Kraft bei der Beitragssenkung ist vor allem die Industriellenvereinigung, die von ihren Großkonzernen gesteuert wird. Am meisten profitieren werden von der Beitragssenkung Großkonzerne wie Spar, Rewe, Bipa, aber auch Banken und Versicherungen. Politische Kräfte wie ÖVP, FPÖ und NEOs benötigen die AUVA nicht, da sie nur Klientelpolitik machen. Zu ihrem Klientel zählen jedoch nur die Reichen und Großverdiener, die in Österreich nahezu 90% des Gesamtvermögens besitzen.

Ein kleines Rechenbeispiel veranschaulicht, wer am meisten von der UV-Beitragskürzung profitiert:

Geht man von einer durchschnittlichen Lohnsumme von rund 3.900 Euro für Angestellte und 2.900 Euro für Arbeiter:innen aus, so beträgt die Ersparnis für das Unternehmen 3,99 Euro bzw. 2,91 Euro pro Monat und Arbeitnehmer:in. Diese Entlastung wird für einen kleinen Unternehmer mit wenig Arbeitnehmer:innen keine große sein, für große Betriebe mit einigen Tausend Arbeitnehmer:innen dagegen schon. Diese könnten sich ihre Arbeitsunfälle aber auch aus ihrem Budget leisten, der kleine Betrieb jedoch nicht. Bei einem durchschnittlichen Kleinbetrieb mit 5 Beschäftigten beträgt die Einsparung nur 150 bis 200 Euro im Jahr.

Große Unternehmen haben oft ihre Zentrale nicht in Österreich und versteuern ihre Gewinne nicht hier (Handelskonzerne, Automobilherzeugung und – Zulieferer, Pharmaunternehmen, usw.). Dem Gesundheitssystem werden jedoch wieder rund 140 Mio. Euro entzogen und Leistungen werden wahrscheinlich gekürzt werden müssen. **Die Reduktion führt daher zu Verschiebungen der Zahlungen von Arbeitgeber:innen zu Arbeitnehmer:innen**, aber auch Pensionist:innen und allen anderen Steuerzahler:innen. (Steuern statt Beiträge). Die Interessen der Aushungerung stehen ganz klar auf Seiten der Großindustrie und würden das soziale Gleichgewicht innerhalb der Wirtschaft extrem gefährden.

Wie wirkt sich die Sparpolitik in UKH-Linz auf die Arbeitsbedingungen der Kolleg:innen aus?

Die Brandverletztenabteilung mussten wir, wie bereits gesagt, schon schließen, da sich ein wirtschaftliches und qualitativvolles Betreiben unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr gerechtfertigt hätte. Seit Oktober vorletzten Jahres haben wir nun auch eine Normalstation geschlossen, da wir aufgrund des Personalmangels (zum Teil auch coronabedingt) diese nicht betreiben können. Extremer Personalmangel im pflegerischen und ärztlichen Bereich zwingt uns dazu, unsere Leistungen zu reduzieren (derzeit ist auch unsere Intermediate Care Station aufgrund fehlender Intensivmediziner geschlossen). Dies kommt dem Budget der AUVA zu Gute, gefährdet allerdings die Versorgung in Oberösterreich. Die Stimmung innerhalb der AUVA-Bediensteten ist derzeit sehr schlecht. Einerseits häufen sich die Überstunden in gewissen Bereichen und die Belastung ist extrem hoch, andererseits fürchten wir weitere Einsparungen, die zuerst immer das Personal betreffen. Auch wissen wir nicht, wie unsere Zukunft aussehen wird. Kooperationsgespräche mit dem Universitätsklinikum laufen schon seit Jahren ohne sichtbaren Erfolg. Das Land Oberösterreich ist nicht bereit, sich an der Unfallversorgung ihrer Bewohner:innen entsprechend zu beteiligen und dies obwohl die traumatologische Versorgung im benachbarten Kepler Universitätsklinikum nur mehr sehr schwierig aufrechterhalten werden kann. Der drastische Personalmangel im medizinischen Bereich ist für alle schon sehr deutlich spürbar und die Frage, ob das Gesundheitssystem kollabiert stellt sich schon lange nicht mehr. Vielmehr steht die Frage im Raum, wann dies passieren wird. Diese Unsicherheit demotiviert und führt dazu, dass uns bereits einige Kolleg:innen verlassen

haben. Ärzt:innen gehen in die Allgemein- oder Privatordination, Pflegekräfte wechseln zu anderen Trägern oder steigen ganz aus dem Beruf aus. Wir in den UKHs möchten unsere Patient:innen qualitativ versorgen und ihnen wieder einen guten Start ins Leben ermöglichen. Leider wird uns das sehr schwer gemacht und erste Qualitätseinbußen sind schon spürbar.

Da wir jedoch keinen Versorgungsauftrag haben, im Gegensatz zu den Landesspitälern, kann sich die AUVA aus der Versorgung auch ganz zurückziehen und sich zum Beispiel nur mehr auf Arbeitsunfälle beschränken. Ich möchte gar nicht daran denken, welche Auswirkungen dies für alle Oberösterreicher:innen hätte.

Welche Maßnahmen müssten dringend im Spitals- bzw. Gesundheitsbereich gesetzt werden?

Unser Gesundheitssystem ist krank und das schon seit längerer Zeit. Begonnen hat alles mit der Erschließung des Gesundheitssystems als lukrativer Markt. Viele Player in unserem System sind nur auf Gewinne aus und tragen sehr wenig zur Gesunderhaltung unserer Bevölkerung bei. Die Sparpolitik im Gesundheitssystem, die konsequent von der ÖVP geführten Landes- und Bundesregierung verfolgt wird, gefährdet zunehmende unsere Gesundheitsversorgung.

Durch das Zurückdrängen des öffentlichen Bereiches und des Ausbaues der privaten Versorgung sehe ich eine akute Gesundheitskrise auf uns zukommen, das hat uns in einigen Bereichen Corona schon gezeigt. Während die öffentlichen Spitäler den Großteil der Versorgung sowohl von Coronakranken als auch alle anderen Patient:innen stemmen mussten, haben sich die privaten Anstalten (mit Ausnahme der Einrichtungen der Sozialversicherung) zurückgezogen. Private Träger nehmen sich nur die Zuckerl, sprich leichte Fälle, mit denen Gewinne erzielt werden können, heraus. Die Schweren, chronischen Fälle wie z.B. die Querschnittverletzten, schweren Schädelverletzungspatient:innen, Personen mit schweren internen Erkrankungen müssen immer von öffentlichen Spitalern und Einrichtungen der Sozialversicherung sowie von den Kassenärzt:innen behandelt werden. Somit bleiben die Verluste bei der Allgemeinheit hängen, während die Gewinne von privaten Betreibern abgestaubt werden. Gewinner sind dabei auch die privaten Gesundheitsversicherungen.

Es bedarf daher ein dringendes Umdenken in der Politik. Spekulationen auf Kosten von kranken Menschen ist unethisch und gefährdet in hohem Maße den sozialen Frieden, wenn sich in Zukunft nur mehr gut situierte Menschen eine Krankenbehandlung oder eine Vorsorge leisten können.

Die derzeitige Teuerungswelle sehe ich in diesem Zusammenhang auch als sehr gefährlich an. Wenn die Bevölkerung immer ärmer wird, steigen auch die Krankheitszahlen.

- Wir sollten daher schleunigst unser krankes System in ein echtes Gesundheitssystem umwandeln, in dem die Prävention und Vermeidung von Krankheiten an

- vorderster Stelle stehen. Dies würde langfristig viel Leid und natürlich auch viele Kosten ersparen. Die AUVA könnte hier ein guter Partner sein, da sie hervorragende Präventionsarbeit leistet und bereits Konzepte des Zentralbetriebsrates (ZBR) dazu vorliegen.
- Ein Zurückdrängen des privaten Sektors ist zwingend nötig, d.h. die Abschaffung des PRIKRAF (die zusätzliche Finanzierung der Privatkrankenhäuser durch die öffentliche Hand). Dazu ist es nötig, die öffentliche Versorgung entsprechend auszubauen und sich strukturelle Veränderungen zu überlegen. Ein uneingeschränkter Zugang zu allen Gesundheitsleistungen für alle Menschen in Österreich muss gesichert sein. Es darf nicht dazu kommen, dass man sich die Gesundheit (oder Krankheit) nicht leisten kann. (siehe Großbritannien, USA ...).
 - Die Ressourcen der Spitäler, besonders in Bezug auf die Geräteinfrastruktur müsste besser genutzt werden. (Großgeräte wie CT, MRI werden zu Randzeiten nicht betrieben). Auch könnten die Ambulanzen viele Patient:innen behandeln, solange der extramurale Bereich nicht entsprechend ausgebaut ist. Dazu wird jedoch auch Personal benötigt. Dringend benötigte Primary Health Center müssen eröffnet werden um die öffentliche Versorgung besonders im ländlichen Bereich garantieren zu können.
 - Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Spitälern. Dies betrifft alle Berufsgruppen, nicht nur Pflege und Ärzt:innen. Attraktivere Arbeitszeiten, die auf die Bedürfnisse von vorwiegend Frauen Rücksicht nehmen sowie adäquate Bezahlung, Kinderbetreuungseinrichtungen, die den Dienstzeiten der Beschäftigten entsprechen. Wichtig wäre auch, dass die Ausbildungs-offensive für Pflegeberufe auf alle Gesundheitsberufe ausgerollt wird und länger als die derzeit anberaumten 2 Jahre besteht. Es benötigt dringend eine echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Kolleg:innen zu entlasten und damit auch die Patient:innensicherheit langfristig zu gewährleisten. Einheitliche Kriterien zur Personalbedarfsberechnung sind vor allem in den Spitälern und Altenheimen dringend nötig, um auch eine gewisse Dienstplansicherheit zu erreichen.
 - Es braucht Konzepte zur Langzeitpflege, die den Bedürfnissen aller alten und chronisch kranken Menschen in Österreich entsprechen. Das kann sowohl den stationären als auch den mobilen Pflegebereich betreffen. Innovative Konzepte wie Generationenhäuser, betreutes Wohnen, usw. muss unterstützt werden. In diesem Zusammenhang muss das Normkostenmodell zur Finanzierung der Pflege im extramuralen Bereich überdacht werden.
 - Neuerung und Überarbeitung der Berufskrankheitenliste. Österreich befindet sich dabei international auf den hinteren Plätzen. Während in Deutschland die Berufskrankheitenliste ständig evaluiert wird, passiert in Österreich nichts. Die AUVA hätte also genügend Aufgaben auch hier zu erfüllen, wenn der Gesetzgeber den nötigen Auftrag dazu erteilt. Auch die arbeitsbedingten Krebskrankheiten werden derzeit (mangels Auftrag und Finanzierung) nur unzureichend von der AUVA behandelt.
 - Rücknahme der UV-Beitragsenkung und dafür Ausbau der nötigen Leistungen um einen sicheren Arbeitsplatz zu ermöglichen. In der Prävention könnte die AUVA noch viel mehr tun, da sie die Expertise dazu liefern kann.
 - Rücknahme der Bestimmungen im SVOG in Bezug auf die Selbstverwaltung der SV-Träger. Derzeit haben die Arbeitgeber:innenvertreter die Macht in unserem Gesundheitssystem. Mit dem SVOG der türkis-blauen Regierung kam es zu einem Raubbau der Machtverhältnisse, besonders in ÖGK und AUVA. Während weder in der ÖGK, noch in der AUVA selbständig Tätige versichert sind, haben sie in der Selbstverwaltung die Übermacht. Schließlich muss auch mit der Erhöhung des UV-Beitrages die Absicherung der Klein- und Mittelbetriebe durch das Haftungsprivileg gesichert werden. Wenn unsere Wirtschaftstreibenden zu der derzeitigen Gesundheitskrise und Teuerungswelle auch noch die Schadensersatzklagen der Arbeitnehmer:innen tragen müssen, werden nicht mehr viele Handwerksbetriebe übrigbleiben.“

AUVA-Jahresbudget und seine Verwendung

Die AUVA verfügte 2019 über Einnahmen von knapp 1,5 Mrd. Euro.

58% davon sind gesetzliche Zusagen an Unfallrentner, Klein- und Mittelbetriebe sowie die Krankversicherungsträger.

Die verbleibenden 42% (625 Mio. Euro) bilden den gesamten Sach- und Personalaufwand für die 7 UKH-Standorte, 4 Reha-Standorte, für die gesamte Prävention, für die berufliche und soziale Rehabilitation, den eigenen Verwaltungsaufwand, die Abschreibungen und Sonstiges (wie Körperersatzstücke, Hilfsmittel, Witwenbeihilfen, vertrauensärztlicher Dienst etc.).

Selbst wenn die AUVA alle ihre medizinischen Einrichtungen schließen würde (7 UKH + 4 RZ = 309 Mio. Euro) und auch ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmer:innen nicht mehr erfüllen würde, stünde der dadurch lukrierte Betrag in keinem Verhältnis zu den notwendigen Summen für die Absicherung der Pflege in Österreich.

Die Redaktion dankt der Autorin für ihren Beitrag, der ein klares Licht auf die Verhältnisse, die Mängel und Notwendigkeiten im Gesundheitssystem wirft. Zwischen-titel und Hervorhebungen sind von der Reaktion.



Ex-Gesundheitsministerin Kdolsky:

Auf Doskozils Spuren?

Gerne herumgereicht als Expertin war die nunmehrige Gesundheitsmanagerin in der ZIB 2 am 1. August 2023 zu Gast. Richtig sprach sie von der prekären Situation in Spitälern, für Patient:innen gefährlich langen Wartezeiten, massiven Ärzte- und Pflegekräftemangel, viel zu wenig Primärversorgungszentren. Die von der Regierung angekündigten 100 Kassenstellen würden nur aus den 300 jetzt schon offenen, dann halt 400 offene Kassenstellen machen, weil die Rahmenbedingungen nicht passen würden. Klingt lustig, verschleiert aber, was Tatsache ist.

Was Kdolsky nicht sagte: Warum werden Vorschläge der Vertreter der Arbeiter und Angestellten in der ÖGK zur Verbesserung der Kassenarztsituation oder zum Zurückdrängen der Wahlarzt-Ausbreitung zugunsten der Patient:innen nicht umgesetzt? Weil seit der „Kassenreform“ 2018 in der Krankenversicherung der Arbeiter und Angestellten (ÖGK) nicht mehr die Beschäftigten-Vertretung aus AK und ÖGB die Mehrheit hat, sondern nur mehr gemeinsam mit der Unternehmerseite zu je 50% vertreten ist. Da regelmäßig die ÖVP-Beschäftigtenvertreter mit den ÖVP-Unternehmervertretern aus der Wirtschaftskammer stimmen, kommt dort die Blockade zustande. Alles, was privaten Gewinninteressen von Wirtschaft oder (Wahl-) Ärzten widerspricht, wird abgelehnt.

Und was bot Kdolsky als Ausweg an? Das System müsse neu gestaltet werden. Dabei steht ihr die Sozialversicherung im Weg, für deren Abschaffung sie in der ZIB eintrat. Ein nur durch Steuern finanziertes System wie in Skandinavien würde schnellere Maßnahmen ermöglichen. Klingt gut, oder?

Tatsache ist, dass das seit Jahren immer von Wirtschafts- und Industrievertretern oder eben auch von LH Doskozil ins Spiel gebracht wurde und wird. Klar, aus Sicht der Wirtschaft.

Zwar hat sie schon jetzt – siehe oben – seit der „Kassenreform“ überstarken Einfluss auf die Verteilung der Sozialversicherungsgelder der 5,7 Millionen Arbeiter und Angestellten – immerhin 17 Mrd. Euro im Jahr. Aber in einem „steuerfinanzierten“ Gesundheitssystem wandern diese 17 Mrd. der Arbeiter und Angestellten ins Budget – wo sie dann „verschwinden“, d.h. ohne viel Öffentlichkeit und Diskussion und ganz ohne Einfluss der Versicherten auf ihre Beiträge noch leichter im Interesse der immer mehr geförderten privaten Gesundheitsanbieter umverteilt werden können. Die Ansage von Kdolsky und zuvor von Doskozil ist umso mehr interessant, sieht man sich den Budgetvoranschlag der Regierung von 2022 bis 2026 an: Während die jährlichen Budgetausgaben für das Bundesheer um fast 58% von 2,7 auf 4,7 Mrd. Euro steigen, werden die Bugetmittel für Gesundheit um 66% von jährlich 4,6 auf 1,6 Mrd. Euro zusammengestrichen! (BMF, Strategiebericht 2023-2026, Seite 47).



Solidarität mit den Protesten und Streiks der Freizeitpädagog:innen!

10.000 Kolleginnen und Kollegen in ganz Österreich haben in Protesten, Demonstrationen und Streiks ihre Ablehnung der von Minister Polaschek vorgelegten Schulgesetznovelle, die die Ersetzung der Freizeitpädagogik durch „Assistenzpädagogik“ vorsieht.

Damit sollen die tausenden Angestellten, die derzeit als Freizeitpädagog:innen und Erzieher:innen für unterschiedliche Arbeitgeber (Vereine, GmbHs, z.B. „Bildung im Mittelpunkt“) in ganz Österreich arbeiten, ersetzt werden. Der gesamte Beruf der Freizeitpädagog:innen und der entsprechende Lehrgang auf den Pädagogischen Hochschulen sollen gestrichen werden. Es drohen massive Verschlechterungen bei Gehalt und Dienstrecht. Schon seit Jahren von Belastungen und Kürzungen betroffen, wollten die tausenden Beschäftigten aus allen Bildungsbereichen das nicht länger hinnehmen und starteten von unten her ihre Proteste. Die Gewerkschaftsspitzen, von der der Basis so unter Zugzwang versetzt, unterstützen die Proteste.

*

Pensionslücke zwischen Frauen und Männern – muss nicht sein!

40% weniger betragen die Frauenpensionen im Schnitt.

Hauptgrund: Unternehmer zahlen Frauen weniger als Männern. Ursache: Frauen wurden ab den 1950er Jahren in den Arbeitsmarkt geholt, die Unternehmer betrachteten sie bloß als „Zuverdienerinnen“ für das Haushaltseinkommen und zahlten ihnen entsprechend weniger. Diese Ungleichheit zwischen Frauen und Männern bei Lohn/Gehalt sowie Teilzeitarbeit führt zur Altersarmut der Frauen – und zunehmend auch bei Männern, weil viele Jobs nur mehr in Teilzeit angeboten werden.

Doch das alles ist kein Naturgesetz. Eine Umstellung der Einnahmehbasis von der Pro-Kopf- auf eine Wertschöpfungsbemessung, also Besteuerung der Produktivität bzw. Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft, die ja von den arbeitenden Menschen erbracht wird, würde alle sozialen Töpfe ausreichend füllen. Die bestehende Vermögensungleichheit zeigt, wer die Produktivitätsgewinne abschöpft (siehe Seite 12). Bezahlung von Care-Arbeit (Betreuung von Kindern und Alten), Arbeitszeitverkürzung, also „Teilzeit“ für alle im positiven Sinne, also bei vollem Lohn- und Personalausgleich, wäre so leicht möglich und bei der enormen Arbeitsverdichtung – auch notwendig.

Zudem zeigt eine Langfristprojektion der EU-Kommission, dass es auch generell kein „Pensionsloch“ gibt: Selbst beim jetzigen Steuerfinanzierungssystem, bleibt der Anteil der Pensionen am BIP trotz steigendem Anteil der Bevölkerung der 65+ relativ konstant, steigt bis 2035 nur von dzt. 14% auf 15,4% des BIP.

Ukraine: Der Vor-Krieg zum großen Krieg?

In der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg statt. Wir sind solidarisch mit der ukrainischen und der russischen Bevölkerung aber nicht mit deren Regierungen.

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen. Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privat-kapitalistischen Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von 858 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären, mit einem Jahresmilitärbudget von 82,6 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einem in Syrien. Hier steht Russland, der kleine Räuber, dem großen Räuber USA gegenüber, der die Ukraine finanziert und v.a. militärisch aufrüstet.

Dieser Krieg droht sich zu einem großen Krieg (bis zu einem Weltkrieg) zwischen USA/NATO (2.135 Mrd. Dollar Militärbudget) und Russland (82,6 Mrd. Dollar Militärbudget) auszuweiten. Dieser Krieg begann in Wahrheit nicht erst am 24. Februar 2022 mit Russlands Einmarsch in die Ukraine, sondern lange davor. Das US-Militär trainiert seit den 90er Jahren Teile der ukrainischen Streitkräfte. Und „*der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten W. Janukowytsch 2014, der durch einen Putsch, der von der Regierung der USA lanciert...*“ d.h. herbeigeführt wurde, abgesetzt worden war (Jeffrey Sachs. US-Prof. an der Columbia Universität. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=Vd-q8SgW3g>

USA versus Russland

Die USA verfolgen seit Jahrzehnten die Strategie Russland am Schwarzen Meer zu umzingeln, sie haben Rumänien, Bulgarien und die Türkei in die NATO aufgenommen, um Russlands Flotte am Schwarzen Meer einzukreisen. Georgien wartet seit langem auf die NATO-Aufnahme. Für Russland ist der Verbleib der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim die rote Linie, Selenskys Ankündigung der Rückeroberung der Krim war ein, wenn nicht der Hauptgrund für Russlands Krieg. Das Schwarze Meer ist für Russland aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen enorm wichtig. Es schafft den einzigen ganzjährigen Zugang zu den Weltmeeren und ist das einzige Ausfallstor aus der NATO-Einkreisung. Für die USA ist das Schwarze Meer die Nahtstelle zwischen der NATO und dem „Größeren Nahen Osten“. Eine NATO-Erweiterung durch einen Ukraine Beitritt und ein damit schon geplanter NATO-Stützpunkt auf der Krim wäre eine weitere direkte militärische Bedrohung Russlands. Die Ukraine in den US-Einflussbereich zu bringen ist ein alter militärischer Plan der USA. Der neben Henry Kissinger wichtigste US-Sicherheitsberater für US-Regierungen seit Jahrzehnten, Z. Brzezinski, schrieb schon 1994: *„Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr“...bzw. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“* (Z. Brzezinski: Die einzige

Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Und Z. Brzezinski weiter: *„Nur wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt.“* Siehe: atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/11/Kriegstreiber_Broschuere_Kern.pdf

Die Ukraine gilt als der „Bauch Russlands“, mit einer 1.900 km langen Grenze mit Russland gut geeignet für einen Krieg mit Panzern bzw. Infanterie. Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA/NATO-Interessen und Russlands Interessen. Es sterben nicht EU- oder NATO-Soldaten, sondern ukrainische und russische Soldaten und die Zivilbevölkerung.

In die NATO wurden auf Geheiß der USA folgende Staaten an Russlands Grenzen oder in deren Nähe aufgenommen: Tschechische Republik (1999), Polen (1999), Ungarn (1999), Bulgarien (2004), Estland (2004), Lettland (2004), Litauen (2004), Rumänien (2004), Slowakei (2004), Slowenien (2004), Finnland (2023).

Die USA arbeiten seit langem auf die Schwächung Russlands hin. Dazu haben sie einen Regierungswechsel in der Ukraine herbeigeführt. Der Ukraine-Putsch 2013/14 war seit langem geplant und vorbereitet. Und 2019 haben die USA schon die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in die Ukraine veranlassen könnte. https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html (deutsch in GGAE Nr. 4, 2022, siehe www.atomgegner.at)

Im Dezember 2022 hat der US-Kongress mit einer Gesetzesnovelle eine starke Ausweitung der Rüstungsproduktion für einen großen Krieg gegen Russland beschlossen. (<https://www.other-news.info/congressional-amendment-opens-floodgates-for-war-profiteers-and-a-major-ground-war-on-russia>; Congressional Amendment Opens Floodgates for War Profiteers and a Major Ground War on Russia, 14. November 2022. By Medea Benjamin and Nicolas J. S. Davies, auf Deutsch in GGAE Nr. 4/2022, siehe www.atomgegner.at).

Krieg ist Politik mit anderen Mitteln! Krieg ist Politik mit dem Ziel sich weitere Einflussphären, Rohstoffquellen usw. anzueignen, Krieg dient den kapitalistischen Konkurrenten dazu, sich gegenseitig zu vernichten, um selbst noch mehr riesige Profite anzuhäufen.

Ein überwiegender Teil der Kapitalistenklasse in den USA setzt seit Jahren neben einer Schwächung Russlands auch auf die Schwächung Deutschlands. Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, und Russland das größte Land mit den größten Energievorkommen, mit den meisten Bodenschätzen. Schon Lord Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, sagte 1949, dass es das Ziel der NATO ist, die Russen aus Europa draußen zu halten, die Amerikaner drinnen und die Deutschen klein zu halten.

Auch die Konkurrenz zwischen den USA und den europäischen Großmächten wird seit dem Ukraine-Krieg immer sichtbarer. Die US-Wirtschaftssanktionen samt der Erdgasblockade richten sich auch direkt gegen

Deutschland. Die Sprengung der North-Stream 2 Gasleitung durch die USA ist ein Signal, dass die größten Kapitalisten, wenn es um Einflussphären, Rohstoffquellen, imperiale Ausdehnung geht, als Räuber, ja als Terroristen agieren. (Wie Amerika die Nord Stream-Pipeline ausschaltete (substack.com) Seymour Hersh.)

Finanzkapital

Das Finanzkapital beherrscht die Staaten, in den USA ist das direkter sichtbar, so z.B. bei BlackRock. BlackRock ist der größte Finanzdienstleister der Welt, er verwaltet für die Reichsten der Welt ein Vermögen von ca. 10 Billionen US-Dollar, das sind 10.000 Milliarden Dollar, das ist sogar mehr als die Staatsausgaben der USA 2021. Erich Van Nostrand, der geschäftsführende Direktor von BlackRock, wurde im August 2022 ins US-Finanzministerium als „leitender Berater für Wirtschaftsfragen im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine“ berufen. Zwei weitere BlackRock Mitarbeiter, Brian Deese und Adewale Adeyemo, wurden von Präsident Biden schon 2020 ins Finanzministerium übernommen und Mike Pyle, der frühere Chef-Strategie für Investitionen von BlackRock, ist bei Kamela Harris, Vizepräsidentin von Joe Biden, als Chefberater für ökonomische Fragen angestellt. Alle vier waren auch schon bei Obama in der Regierung und wechselten danach zu BlackRock. Selenski sprach im Dez. 2022 mit BlackRock Chef Fink und traf eine Vereinbarung zum Wiederaufbau der Ukraine. Dazu ein US-Journalist: „BlackRock will die Ukraine „wiederaufbauen“... „Das wird den Neoliberalismus und die Privatisierung, die die USA dem postsowjetischen Russland auferlegt haben, wie ein Kinderspiel aussehen lassen.“ (Jordan Chariton <https://t.co/IOm6XckVDo>). Jedenfalls ist das ein lukratives Geschäft für das Kapital während des Krieges und danach.

USA – China

Die USA haben in ihren Sicherheitsanalysen schon vor Jahren militärstrategische Pläne zum Kriegführen gegenüber „zwei Feinden“ gleichzeitig entworfen, gemeint waren Russland und China. Heute bedrohen die USA nun ihren Hauptkonkurrenten China massiver denn je.

Während der Krieg in der Ukraine nach den Absichten der USA noch lange weitergehen soll, flog US-Präsident Joe Biden inzwischen nach Hiroshima (Japan) um dort mit den NATO-Verbündeten, wie es im Originalton heißt, die militärische Bedrohung durch China im Südpazifik zu bekämpfen. Denn China ist für die USA, laut ihrer aktuellen strategischen Doktrin, Hauptbedrohung für ihre globale Vorherrschaft.

Die USA haben im Südpazifik schon im Juli 2022 das Manöver Rimpac (Rim of the Pacific), d.h. Kriegsübungen mit ihren verbündeten NATO-Staaten, Japan, Südkorea, Philippinen, Australien bzw. Klienten-Staaten wie Thailand, Singapur, Malaysia, Pakistan, mit 38 Schiffen, vier U-Booten, 170 Flugzeugen und 25.000 Mann durchgeführt. Die USA sind von China ca. 11.000 km, von den Philippinen ca. 12.000 km entfernt. Man stelle sich vor, wie die USA wohl reagierten, wenn China mit Kriegsschiffen samt 25.000 Soldaten vor der Küste Venezuelas auftauchen würde. Doch die militärische

Provokation Chinas durch die USA geht immer weiter. Nun, im Frühjahr 2023, machen der Flugzeugträger der US-Marine Georg Washington (5.600 Mann, 70 Flugzeuge) und Kriegsschiffe der japanischen Marine im Südpazifik Manöver, die gegen China gerichtet sind. Die USA hat auf den Philippinen nun Zugang zu noch vier weiteren Militärstützpunkten erhalten, sodass die US-Streitkräfte nun neun solche Basen benutzen können.

„US-Militärstrategen gehen laut der New York Times davon aus, dass jede Schlacht mit der VR China in jenem Gebiet stattfinden könnte, welches das Pentagon als „erste Inselkette“ bezeichnet. Dazu gehören Okinawa und Taiwan bis hinunter nach Malaysia, die Spratlys und die Paracels (Inseln) ...“

Letzten April haben die USA nun gemeinsam mit den Philippinen das Manöver Balikatan abgehalten – mit 17.000 Soldaten. Dabei wurden auch zum ersten Mal Patriot-Raketen in dieser Region abgeschossen.

Zu alledem sagt der philippinische Politikwissenschaftler und Militärexperte Prof. Roland G. Simbulan in einem Interview: „Die imperialen Interessen der USA, die das Südchinesische Meer lange Zeit als Teil des ‚Amerikanischen Meeres‘ dominiert haben, sind nun durch die Herausforderung der defensiven Seemacht China in der Region bedroht, da die VR China ihre eigenen Ost- und Südküsten sowie die Seewege für den Handel schützt. Für die USA ist China zum Haupthindernis für ihre globale Vorherrschaft geworden, ungeachtet der Angriffe Russlands in der Ukraine.“ (Rainer Werning, 9. 04. 2023, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018>; Ost- & Südostasien: US-Militärs in Manövermanie – die Einkreisung Chinas gewinnt an Konturen, Teil I)

Der sogenannte „Verteidigungsring“ rund um China von dem die USA sprechen, heißt in Wahrheit, die USA will China militärisch niederringen – das würde einen neuen Weltkrieg bedeuten.

Flotte Umstellung



Aus: Wiener Zeitung, 7. März 2023

Exkurs:

Die USA, der größte Räuber auf der Welt, haben großes Interesse, den Ukraine Krieg weiter zu befördern, wie es eine US-Sicherheitsexpertin formulierte:

„Für fünf Prozent des US-Verteidigungshaushalts und keine amerikanischen Verluste zerstört die ukrainische

Armee das russische Militär, und das ist absolut im Interesse der USA“. (Kori Shake Sicherheitsexpertin des American Enterprise Institute, einem Think Tank der Extrem-Konservativen, wo bekannte Kriegstreiber wie z.B. Richard Perle arbeiten. Zitiert in CNN, in einem Artikel von Oskar Lafontaine, 23. Mai 2023 in <https://www.nachdenkseiten.de/?p=98246>)

Und die USA bedrohen nun direkt ihren Hauptkonkurrent China vor dessen eigener Haustür! Vor eben dem gerade erwähnten Think Tank erklärte Ely S. Ratner, stellvertretender US-Verteidigungsminister für indopazifische Sicherheitsfragen, im Dezember 2022, dass *„das Jahr 2023 wahrscheinlich das umwälzendste Jahr für die US-Streitkräfte in der (indopazifischen) Region seit einer Generation sein wird.“* (Rainer Werning: Ost- & Südostasien: US-Militärs in Manövermanie.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=96018>)

Die Kontrolle der Weltmeere war bis heute das Mittel der USA zur globalen Herrschaft. Die US-Pazifik Flotte z.B. hat ca. 350.000 aktive Marinesoldaten, 60.000 Reservisten, ca. 300 Schiffe plus ca. 2.000 Flugzeuge.

Die USA brauchen zur Aufrechterhaltung ihrer Welt-herrschaft Kriege. Kriege brauchen Bedrohungsszenarien bzw. Feindbilder um die hunderten Milliarden an Kriegskosten bzw. Folgekosten aus Steuern zu finanzieren, die Soldaten zu motivieren und leichter Verbündete für ihre Herrschaftspläne zu gewinnen. Unter dem Vorwand sich gegen Schurkenstaaten, Diktatoren einzusetzen, unter dem Vorwand sich für die Verteidigung der „freien Welt“ und „westlichen“ Werte bzw. Menschenrechte einzusetzen, soll jedes Regime, dass sich den US-Plänen widersetzt, gestürzt werden.

Die EU ist voll in Aufrüstung und auf dem Weg in die Kriegswirtschaft

Die EU, ein Wirtschaftsverband, gegründet von Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und Italien, ging aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hervor (1951). Zweck war, den Handel mit Kohle- und Stahlprodukten anzukurbeln bzw. insbesondere durch Abschaffung der Zollbarrieren zu vereinfachen. 1957 kam noch die Europäische Atomgemeinschaft dazu. Die EU ist seit ihrer Gründung keine Friedensunion und genauso wenig eine Union, welche die Interessen der Masse der Bevölkerung vertritt.

Im Jahr 2009 hat die EU auch ihre offizielle „Sicherheitsstudie 2020“ veröffentlicht: *„Was sind die Ziele der europäischen Verteidigung 2020?“*

Dort heißt es u.a.:

„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt und muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“... „Die OECD-Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“... „Die Nr.1-Priorität ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“...

„Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen“... „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“... „Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“... „Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern“... „Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“

(Link zur Studie: Tomas Riess, Seite 61 bis 74:

https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/What_ambitions_for_European_defence_in_2020_0.pdf)

Im EU-Papier werden Nordkorea und Burma aufs Korn genommen, zwei Staaten, welche die USA schon lange im Visier haben. Das einzige Interesse der USA an diesen zwei Staaten war und ist es, dass sie an Chinas Grenzen einen Regierungswechsel erzwingen, das würde den USA ermöglichen, China von dort aus mit Atomraketen zu bedrohen. Das EU-Papier zeigt, dass die EU schon 2009 im Gleichklang mit den USA China als Staat sahen, demgegenüber wenn nötig das Militär einzusetzen ist. Das EU-Strategiepapier lässt klar erkennen, dass die EU-Militärmacht ausgebaut werden soll, um direkt für die transnationalen Konzerne, d.h. für das Finanzkapital, Kriege zu führen, die sich bis hin zu einem Weltkrieg ausweiten können.

Die EU-Militarisierung hat sich in den letzten 10 Jahren enorm ausgeweitet. Der Ukraine-Krieg ist nun idealer Vorwand zu einer noch weit größeren Aufrüstungswelle der einzelnen EU-Staaten, allen voran Deutschland und Frankreich.

Seit vielen Jahren nehmen europäische Heere, Marine und Luftwaffe etc. an NATO-Manövern in Europa teil. Ziel ist die Ostgrenze bzw. das Schwarzes Meer, d.h. der Feind steht in Russland.

So nahmen an der militärischen Großübung Defender-Europe 21 der USA - insgesamt 28.000 Soldaten teil. Hauptsächlich konzentrierte sich „Defender-Europe 21“ auf den Balkan und die Schwarzmeerregion. Ziel der Übung war es, die Kompatibilität zwischen den Truppen der USA und anderer NATO-Länder sowie ihren Partnern aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Zum Beispiel haben sich rund 7.000 Soldaten auf das Training von Fallschirmjägern in Estland, Bulgarien und Rumänien konzentriert.

Österreich macht mit in der EU-Kriegsunion!

Seit Jahren wird die Neutralität von den Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von den USA dominierte NATO frei zu bekommen. Sie scheren sich nicht um das Neutralitätsgesetz, für sie endet ihr Demokratieverständnis, wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, denen sie sich verpflichtet fühlen. Die Regierenden haben im Jahre 1998 mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23f einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UNO-Mandat zugestimmt. Sie

haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt unter anderem, dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben soll. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie fördern. Seit dem Inkrafttreten des PESCO Vertrages (Permanent Structured Cooperation) 2018 hat die EU einen weiteren entscheidenden Schritt zur Verwirklichung der Kriegsunion gesetzt.

Der PESCO Vertrag verpflichtet die Unterzeichnerstaaten ihr Militärbudget Jahr für Jahr quantitativ zu erhöhen. Österreichs Regierung hat 2017 PESCO entgegen dem Staatsvertrag unterschrieben. Österreich hat sich damit „verpflichtet das Heeresbudget zu verdreifachen“, 2 % „wesentliche Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, „für die Europäische Rüstungsunion hunderte Millionen zu zahlen“. z.B. hat Österreich allein für die Entwicklung von Rüstungsgütern der EU von 2019 bis 2021 € 690 Millionen Steuergeld bereitgestellt.

Österreich wird sein Heeresbudget von derzeit 2,7 Mrd. Euro jährlich auf rund 6 Mrd. Euro jährlich im Jahre 2027 mehr als verdoppeln – nicht zur Sicherung der Neutralität, sondern zur Anpassung des Bundesheeres an die EU/NATO-Kriegsstrategien, an denen wir, geht es nach

der Regierung, ebenfalls teilnehmen sollen.

Das Bundesheer des neutralen Österreich?

Im Österreichischen Bundesheerbericht 2019 „Unser Heer 2030“ heißt es u.a., dass im Rahmen der Verpflichtungen zur PESCO (Permanent Structured Cooperation, deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ), die unsere Regierung eingegangen ist, Österreich militärische Beiträge zur Stabilisierung des erweiterten Umfeldes im Nahen und mittleren Osten oder in Afrika leisten müsse, „um den freien Zugang zu Ressourcen und Energieversorgung sicherzustellen“.

Statt Österreichs Neutralität und Selbstständigkeit zu wahren, will die Regierung das Land vor allem an die deutsche Wirtschafts- und Militärinteressen im Rahmen der EU anschließen. Und dafür sollen österreichische Soldaten wieder marschieren, sei es z.B. in Afrika bzw. wieder gegen Russland. Schon zweimal im letzten Jahrhundert wurden Österreicher in Russland für Großmachtinteressen kämpfen und sterben geschickt.

Das wollen wir nie wieder.

Gegen die Kriegstreiber in Ost und West. Neutralität statt Kriegsbeteiligung

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!

Dieser Krieg begann jedoch in Wahrheit nicht erst am 24. Februar 2022 mit Russlands Einmarsch in der Ukraine, sondern lange davor. Und wie schon erwähnt, „*der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten W. Janukowitsch 2014, der durch einen Putsch, der von der Regierung der USA lanciert...*“ d.h. herbeigeführt wurde. (Jeffrey Sachs, US-Prof. an der Columbia Universität. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=Vd-q8SgW3g>) Dazu sagte auch Georg Friedman, Chef des US-Informationdienst Stratfor, der dem Militär und dem Geheimdienst nahe steht und seit langem US-Ministerien, große Konzerne etc. berät, im Dezember 2014 in Bezug auf die Ukraine von einem von den USA dort geführten Putsch als den „*unverhülltesten Staatsstreich in der Geschichte.*“ (Georg Friedman/Stratfor, zitiert von R. Parry in: consortiumnews.com 06. 01. 2015). Selbst Präsident Obama hat in einem Interview u.a. bestätigt, dass „*Putin seine Entscheidungen bezüglich der Krim und der Ukraine*“ getroffen hat, *nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe (in der Ukraine) ausgehandelt haben.*“ Das heißt, selbst der US-Präsident gibt zu, dass Putin erst bezüglich der Krim reagiert hat, nachdem die USA den „Deal“ zum Staatsstreich in der Ukraine „ausgehandelt“ haben. (Obama 01. 02. 2015, CNN, Fareed Zakaria, zitiert bei „Der Freitag“: H. Springstein 2.2.15, <https://www.freitag.de>)

Und Georg Friedman sagte u.a. **in seiner Stratfor-Rede: „100 Jahre US-Angriff auf deutsch-russische Freundschaft“ – die Folge sehen wir heute deutlich!**“ vor dem Chicago Council 2015:

„Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, weil vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt... Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen ‚Cordon Sanitaire‘ (einen ‚Sicherheitsgürtel‘), um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt, dass die USA beabsichtige, die Russische Föderation zu zerschlagen. Die Frage, die jetzt für die Russen auf dem Tisch ist, ist, ob man die Ukraine als eine Pufferzone zwischen Russland und dem Westen haben will, die wenigstens neutral bleiben wird – oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass der Westen (NATO) nur 100 km von Stalingrad und 500 km von Moskau entfernt sein wird? Für Russland stellt der Status der Ukraine eine existenzielle Frage dar... Für die USA gilt, wenn Russland sich weiter an die Ukraine hängt, werden wir Russland stoppen... Es geht um die Präpositionierung von Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und die baltischen Staaten – das Internarium, das Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon Pilsudski träumte. Das ist die bevorzugte Lösung für die USA.“

<https://gesetze-ganz-einfach.de/george-friedman-stratfor-rede-2015/>

Fazit: Was die US-Politik im Dienst des großen Kapitals seit langem plant, ist nun zum Teil wirksam geworden.

P.S.: Wir verweisen abschließend auf einen Link zu einem Artikel von Jacques Baud („*Wir benutzen die Ukraine, um Russland zu bekämpfen*“), den wir für informativ halten, auch wenn wir manches darin vermissen:

https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-10-11-vom-12-juli-2023.html#article_1538

Die Teilnahme Österreichs am EU/NATO-Sky Shield ist ein Neutralitätsbruch



Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab. In der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg statt. Wir sind solidarisch mit der ukrainischen und der russischen Bevölkerung, aber nicht mit deren jeweiligen Regierungen.

Seit Beginn wird der Ukrainekrieg in Österreich von den Verantwortlichen zum Anlass genommen, verstärkt und immer mehr die immerwährende Neutralität Österreichs in Frage zu stellen. Das jetzige Vorhaben, Österreich am Projekt Sky Shield zu beteiligen, zählt dazu.

Sky Shield ist nicht, wie von Österreichs Regierung behauptet, ein mit der Neutralität Österreichs vereinbares EU-Vorhaben. Im Gegenteil: es ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes, NATO-Militär-Luftabwehrsystem von EU-NATO-Staaten plus den NATO-Ländern Norwegen und Großbritannien. Das ist mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar. Sie reden von Neutralität und reihen Österreich immer mehr in USA/EU/NATO-Militärbündnisse ein.

Tatsächlich handelt es sich um ein NATO-Projekt, bei dem Deutschland in der EU-NATO die Federführung hat und sich in Konkurrenz zu USA und Frankreich militärisch in den Vordergrund bringt. Wohl nicht zufällig macht das NATO-skeptische NATO-Land Frankreich dabei nicht mit, ebenso wenig wie die NATO-Länder Polen und Italien. Aber das neutrale Österreich schon?

Da NATO-Deutschland bei diesem angeblichen „europäischen Sky Shield“ federführend ist, bedeutet eine Teilnahme Österreichs daran auch einen neuerlichen militärischen Anschluss an Deutschland! Das ist klipp und klar neutralitätswidrig und gefährdet die Sicherheit Österreichs. Die Teilnahme am „Himmels-Schutzschild“ des NATO-Militärbündnisses macht Österreich erst wirklich zum Angriffsziel.

Von Anfang an war klar, dass es sich bei diesem Sky Shield-Projekt um ein NATO-Vorhaben handelt. Als dieses von NATO-Land Deutschland geführte Vorhaben erstmals bekannt wurde, hat Österreichs Verteidigungsministerin Tanner gesagt, dass man erst schauen müsse, ob das nicht irgendwie als EU-

Projekt dargestellt werden könne, sodass Österreich sich daran beteiligen könne. Deshalb wird jetzt nur mehr von einem „EU-Beschaffungs-Projekt“ geredet – dabei ist nicht einmal „die EU“ als Ganzes daran beteiligt.

Für Österreich muss es so oder so heißen: Egal, ob Deutschland-, EU- oder NATO-Projekt: Eine Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich, die eine Teilnahme an Militärbündnissen verbietet. Das laut Verfassung immerwährend neutrale Österreich darf und muss auch nicht im Rahmen der EU-Abmachungen (GASP usw.) an einem EU/NATO-Projekt teilnehmen und darf sich schon gar nicht an Projekten von Militärbündnissen wie es das NATO-Sky Shield-Projekt eines ist beteiligen.

Machen das Österreichs Verantwortliche entgegen die in der Verfassung verankerten immerwährenden Neutralität, ziehen sie unser Land erst recht in Konflikte und Kriege hinein und gefährden erst dadurch die Sicherheit der Bevölkerung, machen dadurch Österreich erst recht zum Angriffsziel.

Absichtlich falsch behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass Österreich als EU-Land wegen der „EU-Beistandsverpflichtung“ an solchen „EU-Maßnahmen“ teilnehmen müsse. Das entspricht nicht den Tatsachen: Österreich hat beim EU-Beitritt einen Neutralitätsvorbehalt unterschrieben („irische Klausel“), der sich in allen einschlägig dazugehörigen Paragraphen wiederfindet. **Es gibt kein Muss!** Österreichs Regierende wollen die Neutralität missachten und letztlich abschaffen. Das ist Verfassungsbruch, denn die Neutralität steht im Verfassungsrang.

Zudem sind insbesondere seit dem Ukrainekrieg 90 Prozent der Österreicher:innen für die Beibehaltung der Neutralität, d.h. gegen eine Teilnahme an Militärbündnissen. Und Sky Shield ist ein militärisches Bündnis für eine NATO-Luftabwehr europäischer Länder, in die erstmals auch das neutrale Österreich hineingezogen werden soll.

Österreichs Neutralität ist nicht überholt – gerade in Kriegszeiten. In Friedenszeiten neutral zu sein, ist keine Kunst. Die Neutralität jetzt noch mehr

auszuhöhlen oder aufzugeben ist wie die Feuerwehr im Brandfall nicht auszurücken zu lassen oder sie gar abzuschaffen.

Die Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen, sich nie wieder in Großmachtkonflikte hineinziehen zu lassen, nie wieder an Konflikten und Kriegen sich zu beteiligen. Neutralität heißt, gegen die Kriegstreiber in Ost und West aufzutreten statt sich Militärbündnissen anzuschließen oder in solche einzugliedern.

Wenn sich die FPÖ zuletzt immer wieder als „Verteidiger der Neutralität“ aufspielt ist das erstens nicht glaubwürdig und zweitens ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierenden und „Opposition“. Erstens war die FPÖ 1955 bei Erklärung der immerwährenden Neutralität gegen die Neutralität Österreichs, unter Schwarz-Blau mit ÖVP-Schüssel in den 2000er Jahren für den NATO-Beitritt Österreichs und unter Türkis-Blau mit ÖVP-Kurz für die EU-Aufrüstung (PESCO). Zweitens wird von den Regierenden und den Medien die FPÖ als die einzige „Neutralitäts-Partei“ hingestellt. Damit soll die Neutralität und alle, die die Neutralität befürworten, ins rechte Eck gestellt und die Neutralität schlecht gemacht werden, damit möglichst kein breiter, außerparlamentarischer Widerstand gegen den Ausverkauf der Neutralität entsteht und stattfindet.

Nur weil jetzt auch die Regierung der Schweiz eine Absichtserklärung zur Teilnahme an Sky Shield abgab, ist das ganz und gar kein Beleg dafür, dass eine Sky Shield-Teilnahme mit der Neutralität Österreichs vereinbar wäre, wie Kanzler Nehammer behauptet. Das Vorgehen der Schweizer Regierung bedeutet nur, dass auch in der Schweiz die dort Verantwortlichen gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ebenso wie die österreichischen Verantwortlichen gegenüber der österreichischen Bevölkerung Neutralitätsbruch betreiben.

Es ist daher nach wie vor so: Eine Teilnahme an Sky Shield untergräbt die immerwährende Neutralität Österreichs. Daher: Nein zur Sky Shield-Teilnahme. Ja zur Neutralität – Nein zum Mitmachen bei EU/USA/NATO-Aufrüstung und Militarisierung oder gar Kriegsteilnahme!

Ausstellung: Die Zerstörung der Demokratie. Österreich, März 1933 bis Februar 1934



Mit der Ausschaltung des Parlaments begann im März 1933 die Zerstörung der Ersten Republik, die Umwandlung Österreichs in einen autoritären Staat mit faschistischem Zuschnitt. Stets unter dem Anschein der Legalität, schaltete die Regierung Dollfuß zwischen März 1933

und Februar 1934 mittels Notverordnungen, permanentem Verfassungsbruch, mit staatlicher und letztlich auch Waffengewalt Parlamentarismus, Sozialstaat, Grund- und Freiheitsrechte, Verfassung und das Rote Wien aus. **Die Ausstellung läuft in der Wienbibliothek im Wiener Rathaus, Ausstellungskabinett, vom 23. Mai 2023 bis 16. Feber 2024.**

Ort: 1010 Wien, Rathaus, Eingang Felderstraße, Stiege 6, Glaslift, 1. Stock, T: +43 (0)1 4000 84920; Montag bis Freitag, 9.00 bis 19.00 Uhr. Eintritt frei! Geschlossen: Sa., So., Feiertage. (Bild: © Wienbibliothek im Rathaus)

Link: <https://www.wienbibliothek.at/veranstaltungen-ausstellungen/ausstellungen/zerstoerung-demokratie>

EINLADUNG

Wer mit uns gemeinsam im Herbst (Oktober) die Ausstellung besuchen will, meldet bitte sein Interesse an unter: oesolkom@gmx.at Kennwort: Ausstellung.

Wir schicken dann Terminvorschläge und organisieren den gemeinsamen Besuch.

Kein Geld da für Löhne, Bildung, Gesundheit?

335 Personen in Österreich besitzen ein Drittel des Finanzvermögens

Das gesamte Finanzvermögen in Österreich betrug laut „Global Wealth Report“ der Boston Consulting Group (BCG) 2022 rund 900 Mrd. Dollar (825 Mrd. Euro). Und: Hierzulande halten die 335 superreichen Menschen mit mehr als 100 Mio. Dollar Finanzvermögen ein Drittel der Finanzwerte. Im westeuropäischen Durchschnitt verfügen die Superreichen nur über 17 Prozent des Finanzvermögens, so BCG.

*

Benko räumt - Der Kika/Leiner-Abräumer

Die Gewinne der Konzerne sind die Opfer der Arbeiter:innen!

Die Immobilienspekulationen kosten rund 2.000 Beschäftigten den Arbeitsplatz und gefährden deren Existenz. 23 Filialen wurden geschlossen. Insolvenz ist angemeldet. Die Arbeitsvermittlung läuft zäh. 17 Filialen dürfen vorerst weitermachen – auch dort zittern die Beschäftigten um ihren Job. Aber der Leiner-„Retter“ macht 300 Mio. Euro Gewinn und kassierte noch Steuergeld. Mehr dazu siehe: www.prosv.at/der-leiner-kika-abraeumer/

TERMINE:

Weltweiter Klimastreik

15. September 2023

*

Neutralität auf dem Prüfstand

10. Oktober 2023, 19.00 Uhr

Donaucitykirche, Donaucitystr. 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen, VIC) Pfarrzentrum (Zugang hinter der Busstation)

*

Tag der Neutralität

26. Oktober 2023, ab 10.00 Uhr

1010 Wien, Ring, Eingang Volksgarten zum Heldenplatz

*

Wer mitmachen will meldet sich bitte unter:

oesolkom@gmx.at

*

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kollegi:nnen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist:innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser:innen und Aktivist:innen. Wer unsere Auffassungen teilt, ist herzlichst zur aktiven Mitarbeit eingeladen.

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger:in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Impressum:

Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949